

Beschlussvorlage

Beratungsangebote in der Friedrich-Ebert-Straße 6 und der Unteren Talstraße 19
hier: Zuschüsse an die jeweiligen Träger der Angebote

Beratungsfolge:

Gremium	am		Zuständigkeit
Gemeinderat	31.07.2025	öffentlich	Beratung und Beschlussfassung

Beschlussantrag:

1. Das in Eberbach vorhandene Beratungsangebot in den Räumlichkeiten Friedrich-Ebert-Straße 6 und Untere Talstraße 19 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat gewährt der Suchtkrankenhilfe der ev. Stadtmission Heidelberg (Blaue Kreuz) einen Zuschuss in Höhe von 5.100 Euro jährlich.
3. Das Projekt T-Cafe bzw. die Integrationsarbeit im Stadtteiltreff Nord wird schnellstmöglich beendet und nicht mehr bezuschusst.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Liegenschaft Untere Talstraße 19 aufzukündigen.
5. Für die noch vorhandenen Beratungsangebote werden bei Interesse die Räumlichkeiten in der Friedrich-Ebert-Straße 6 angeboten.

Klimarelevanz:

keine

Sachverhalt / Begründung:

In Eberbach werden seit vielen Jahren die verschiedensten Beratungsangebote vorgehalten. Diese haben sich teilweise organisatorisch und inhaltlich geändert bzw. wurden an den Bedarf vor Ort angepasst. Eine zentrale Zusammenstellung der einzelnen Angebote gab es bisher nicht, aufgrund von Nachfragen der jeweiligen Träger nach Zuschüssen oder der Bereitstellung von Räumlichkeiten hat die Verwaltung eine aktuelle Aufstellung erarbeitet.

Die Verwaltung konnte feststellen, dass immer mehr Anfragen nach Förderung der einzelnen Organisationen aufkommen, meist, weil Bundes- oder Landesmittel gekürzt werden und das Angebot vor Ort so nicht mehr finanziert sei.

Um zukünftig eine geregelte Basis und rechtliche Sicherheit sowie eine höhere Transparenz zu gewährleisten ist die Verwaltung derzeit dabei, Nutzungsverträge mit den Beratungsorganisationen in den Räumlichkeiten der **Friedrich-Ebert-Straße 6** abzuschließen.

Hierbei soll ein moderates Nutzungsentgelt erhoben werden, sodass bei einer Vollbelegung die Miet- und Nebenkosten gedeckt wären.

Friedrich-Ebert-Straße 6

a) Übersicht über die aktuellen Beratungsangebote

Blaues Kreuz

- Träger: Suchtkrankenhilfe der ev. Stadtmission Heidelberg

Mieterverein Heidelberg

- Träger: Mieterverein Heidelberg und Umgebung e.V.

Bewährungs- und Gerichtshilfe Heidelberg

- Träger: Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg

Caritas

- Träger: Caritasverband für den Rhein-Neckar-Kreis e.V.

VdK

- Träger: Landesverband VdK Baden-Württemberg e.V.

Erziehungsberatung (Psychologische Beratungsstelle für Erziehungs-, Partnerschafts- und Lebensfragen (PBS))

- Träger: Evangelischer Kirchenbezirk Neckargemünd-Eberbach

b) Zuschüsse

Eine Information über eine zugesicherte unentgeltliche Bereitstellung der Räumlichkeiten liegt lediglich für die Suchberatungsstelle (damals Aktionsgemeinschaft Drogen e.V. Heidelberg, heute Blaues Kreuz) vor, in der auch die Einrichtung einer Drogenberatungsstelle festgehalten wurde. Daraus geht hervor, dass der Aktionsgemeinschaft Drogen e.V. Heidelberg unentgeltlich ein Raum in der Friedrich-Ebert-Straße 6 (1x wöchentlich für 3 Stunden) zur Verfügung gestellt wird. Dies galt schon damals ebenfalls für das Blaue Kreuz, so sollte die Erreichbarkeit erhöht und eine Vertretung sichergestellt werden. In der Zwischenzeit wurde das Beratungsangebot zeitlich erhöht, sodass derzeit an drei Vormittagen sowie an einem Nachmittag eine Belegung stattfindet. Zusätzlich wurde ein jährlicher Sachkostenzuschuss gewährt.

Zum 01.01.2014 wurde die Beratungsstelle der Aktionsgemeinschaft Drogen e.V. Heidelberg vom Baden-Württembergischen Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH (bwlv) übernommen und der jährliche Sachkostenzuschuss in Höhe von 5.100 Euro floss an den bwlv.

Zum Februar 2023 erfolgte die Beendigung der Beratung in Eberbach durch den bwlv und eine komplette Übernahme der Beratungen durch das Blaue Kreuz. Deshalb wurde der Sachkostenzuschuss zunächst letztmalig für das Haushaltsjahr 2022 ausgezahlt.

Parallel mit den Vorbereitungen zur Übernahme durch das Blaue Kreuz trat Ende 2022 die Leitung Suchtberatung (Blaues Kreuz) an die Stadtverwaltung mit der Bitte um Erhöhung des bislang jährlich gezahlten Sachkostenzuschusses heran. Ein zu Beginn offener Wunsch nach einer Erhöhung der Förderung konnte auf Nachfrage auf 7.500 Euro beziffert werden.

Eine Entscheidung über den Umgang sowohl hinsichtlich der Fortführung des bisher gezahlten Sachkostenzuschusses an die Drogenberatungsstelle als auch die Erhöhung desselben stehen bislang aus.

Auf Nachfrage beim Träger zu der Finanzierung des Beratungsangebotes erhielt die Verwaltung die Rückmeldung, dass der Rhein-Neckar-Kreis und das Land Baden-Württemberg pro geförderte Fachkraftstelle Zuschüsse zahlen. Der Rest müsse der Träger selbst erwirtschaften.

Eine Abfrage bei den im Rhein- Neckar- Kreis tätigen Suchtberatungen ergab, dass es laut deren Aussage gängige Praxis sei, dass sich die Standortgemeinden mit Sachkostenzuschüssen (in unterschiedlicher Höhe) und kostenfreien Räumlichkeiten beteiligen. Die in Eberbach tätige Suchtberatung unterhält lediglich einen weiteren Standort im Rhein- Neckar- Kreis und wird durch die Standortgemeinde (es handelt sich hier um eine große Kreisstadt) mit einem Sachkostenzuschuss in Höhe von 7.500 €, einem Gruppenraum und einem Beratungszimmer unterstützt. Die restlichen Gemeinden die durch diesen Träger betreut werden haben keinen eigenen Standort, hier müssen die hilfesuchenden das Angebot in Heidelberg annehmen.

Als realistische Folge einer Ablehnung des Zuschusses werden die Kürzung von bisher „kostenlos“ erbrachten Leistungen benannt, beispielsweise die Prävention an Schulen, die bei Inanspruchnahme dann kostenpflichtig würden.

Die Verwaltung schlägt vor, den Zuschuss für die Suchtberatung in Höhe von 5.100 € (analog zur Förderung der vorigen Träger) zu gewähren. Anfragen durch weitere Träger von Beratungsangeboten in Eberbach zu finanziellen Zuschüssen oder kostenloser Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten wurden seitens der Verwaltung bisher abgelehnt.

Untere Talstraße 19

a) Übersicht über die Beratungsangebote

T-Café/Stadtteiltreff Nord

- Träger: VHS Eberbach

Jugendmigrationsdienst

- Träger: IB

Migrationsberatung für Erwachsene

- Träger: Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung e.V. (Vbi)

VHS - Sprachkurse

b) Zuschüsse

Die Räume der Unteren Talstraße 19 werden den Organisationen bisher kostenfrei zur Verfügung gestellt. Etwaige Nutzungsverträge existieren nicht. Eine Ausnahme hiervon stellt der Vbl dar, der die Migrationsberatung für Erwachsene anbietet. Hier wurde eine monatliche Nutzungspauschale in Höhe von 80 Euro vereinbart.

T-Cafe/Stadtteilzentrum Nord

Im Jahr 2010 hat der Gemeinderat der Einrichtung einer Stadtteilkoordinationsstelle zugestimmt.

Die Trägerschaft hierzu fiel der VHS zu, unter der Voraussetzung der Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt.

Zusätzlich wurde das Projekt „T-Cafe-Eberbach“ ins Leben gerufen, bezuschusst durch die L-Bank. Nachdem die Förderung durch das Land ausgelaufen ist, beschloss der Gemeinderat im Jahr 2015 auch die Beendigung des Projekts „T-Cafe-Eberbach“. Die Integrationsarbeit im Stadtteilzentrum Nord sollte aber bis auf weiteres fortgeführt werden, allerding in dem Umfang, den die Stadt finanziell leisten kann.

Das T-Café wird aktuell noch als Kurs im VHS-Programm geführt. Die Kosten für die TeilnehmerInnen belaufen sich auf 10€/Jahr und dieses Geld wird von der VHS verwaltet (z.B. für Ausflüge oder ReferentInnen; 15% davon geht an die VHS).

Während die Stadt die Kosten für Miete und Personal übernimmt kommt die VHS für die Reinigungskosten auf.

Die von der Stadt übernommenen Kosten stellen sich jährlich wie folgt dar:

- Personalkosten rund 8.300 Euro
- Kosten für die Räumlichkeiten rund 8.500 Euro, wobei der reine Mietanteil verhältnismäßig gering ausfällt, ein Hauptteil der Kosten verursachen hier die Nebenkosten

Ein unterzeichneter Kooperationsvertrag als Grundlage zwischen VHS und Stadt aus dem dies hervorgeht liegt hingegen bislang nicht vor.

In Gesprächen mit der Leitung der vhs wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass aufgrund Wegfalles eines großen Teils der Sprachkurse die Räumlichkeiten in der Unteren Talstraße 19 nicht mehr benötigt werden. Auch das Projekt „T-Cafe“ müsste nicht in diesen Räumlichkeiten abgehalten werden. Da die vhs die Reinigungsleistungen für die Liegenschaft übernimmt, wäre auch die vhs daran interessiert, die Liegenschaft aufzugeben. Auch wenn die Verwaltung die Finanzierung des Projekts T-Cafe (Stadtteilzentrum Nord) aufgeben würde, plant die vhs, dieses Angebot weiterhin aufrecht zu erhalten und durch Teilnehmerbeiträge zu finanzieren. Beim Suchen nach geeigneten Räumlichkeiten würde die Verwaltung unterstützen, ggfs. sogar einen Schulraum zur Verfügung stellen.

Aufgrund dieser Entwicklung und der Tatsache, dass in den Räumen in der Friedrich-Ebert-Straße 6 noch freie Kapazitäten vorhanden sind, schlägt die Verwaltung vor, die Liegenschaft Untere Talstraße 19 schnellstmöglich aufzugeben und den dort noch ansässigen Trägern von Beratungsangeboten (nämlich IB/Jugendmigrationsdienst und Vbl/Migrationsberatung für Erwachsene) Räumlichkeiten in der Friedrich-Ebert-Straße 6 zu den dort gültigen Konditionen anzubieten.

Peter Reichert
Bürgermeister